

# Mehr Uni-Budget statt Corona-Hilfe

**Rektorenchefin** Seidler setzt bei neuem Dreijahrespakt auf Unterstützung von Minister Faßmann. Im Herbst soll Hälfte der Studenten an Hochschulen sein: „Beginner müssen Universität spüren.“

Von Karl Ettinger

Für Österreichs Universitäten steht eine wichtige Zeit bevor. Bereits bis Ende Oktober muss eine neue Vereinbarung über das Gesamtbudget für die Jahre 2022 bis 2024 ausverhandelt sein. Dafür wurde ein Mehrbedarf von 2,1 Milliarden Euro gegenüber den elf Milliarden für die laufende Periode von 2019 bis 2021 errechnet. „Ich hoffe natürlich sehr stark, der Bundesminister wird es sehr wertschätzen, dass wir uns nicht auch noch in die Schlange mit zusätzlichen Forderungen wegen der Corona-Krise angestellt haben“, sagt die Vorsitzende der Universitätenkonferenz (uniko), Sabine Seidler, im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“.

Das soll konkret bedeuten: Der Rektorenchefin und Rektorin der Technischen Universität Wien ist lieber ein deutlich höheres Gesamtbudget für die Universitäten in der kommenden Drei-Jahres-Periode als kurzfristig Extrageld wegen der Probleme durch die Corona-Epidemie.

## Mischlösung mit Heimlehre auch im Herbst

Wie an den Schulen wurde Mitte März an den Hochschulen auf Heimlehre umgestellt. Nur teilweise erfolgte im Sommersemester die Rückkehr an die Unis etwa für Prüfungen und Laborübungen. Nach der aktuellen Corona-Lage ist für das kommende Wintersemester an den Unis weiter mit einer Mischform oder „Hybrid“-Lösung mit Präsenz der Studierenden an den Unis und Distanz-Lehre zu rechnen. Geschätzt in ungefähr der Hälfte der Lehrveranstaltungen könne jemand anwesend sein, meint die Rektorenchefin, wobei der Anteil je nach Universität und Studium unterschiedlich sein wird. Aufgrund der Corona-Vorschriften für das Abstandhalten könnten Hörsäle und Labors zu 25 Prozent genützt werden.

Eines ist der Rektorenchefin allerdings wichtig: Vor allem Studienanfänger sollen besonders die Möglichkeit der Anwesenheit an den Hochschulen nützen können. „Beginner müssen die Universitäten



Uniko-Vorsitzende Sabine Seidler will dringende bauliche Sanierungen an den Universitäten angehen. Foto: apa/Fohringer

riechen, erleben, spüren“, formuliert Seidler. Dies sei vor allem auch wichtig, weil diese Gruppe bereits als Maturanten im abgelaufenen Frühjahr von Einschränkungen aufgrund der Corona-Epidemie betroffen gewesen seien.

Wissenschaftsminister Heinz Faßmann hat eben in der aktuellen Antwort auf eine parlamenta-

rische Anfrage der Neos klargestellt, dass es für die Universitäten zur Bewältigung der Corona-Krise keine außertourlichen Förderungen geben werde. Geld aus einem zusätzlichen Fördertopf neben der Unistrukturen sei „nicht vorgesehen“.

Der Ressortchef begründet dies damit, dass die mit den Universi-

täten für die laufende Leistungsperiode von 2019 bis 2021 abgeschlossene Budgetvereinbarung ohnehin eine Steigerung der Mittel um 13 Prozent verglichen mit der vorangegangenen Periode vorsehe. Es sei „richtig“, dass man diesbezüglich keine Forderung an den Minister gestellt habe, räumt Seidler ein. Allerdings sei die geltende, höhere Budgetvereinbarung nicht dafür gedacht gewesen, Corona-Folgen abzudecken, sondern das Betreuungsverhältnis zwischen Studenten und Lehrenden zu verbessern und somit für zusätzliche Professoren und wissenschaftliches Personal, will sie schon angemerkt wissen.

Das Gesetz schreibt den Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung samt Gesamtbudget für 2022 bis 2024 bis spätestens 31. Oktober dieses Jahres vor. Der Mehrbedarf wurde von den Universitäten mit 2,1 Milliarden Euro errechnet. Diese Summe ergibt sich aus: Teuerung 700 Millionen Euro; Studienplatzfinanzierung 500 Millionen Euro; besseres Betreuungsverhältnis mit mehr Professoren 350 Millionen Euro sowie Infrastruktur mit Bauten, Mieten und Investitionen 500 Millionen Euro.

## Faktor für Innovation, nicht „Geldverschlingung“

Gerade die Verbesserung der Infrastruktur, etwa auch durch Sanierungen, liegt der uniko-Vorsitzenden besonders am Herzen: „Irgendwann muss man das auch einmal angehen.“ Das gelte beispielsweise für das sogenannte Freihaus an der TU Wien. Dabei betont sie zugleich ausdrücklich, es seien auch bereits viele Projekte umgesetzt worden.

Seidler wehrt sich vor allem vehement dagegen, dass die Universitäten immer nur als „Kostenfaktor“ betrachtet würden: „Man sieht uns immer als die große Geldverschlingungsmaschine.“ Es solle vielmehr verstärkt auch der Innovationsfaktor der Unis im Interesse der Volkswirtschaft gesehen werden. Denn gerade die Corona-Krise zeige, wie wichtig es sei, Innovationskapazitäten in Österreich und Europa zu haben. ■

## U-Ausschuss einigt sich für Herbst auf Ladungsliste

Auf den letzten Metern ist doch noch ein Kompromiss über die Ladungsliste des Ibiza-U-Ausschusses für den Herbst gelungen. Der Vorsitzende Wolfgang Sobotka muss also nicht entscheiden, wann die Auskunftsperson Wolfgang Sobotka erscheinen muss. Wie von der Opposition gewünscht, wird Sobotka am 9. September den Auftakt bestreiten. Zu Beginn steht wieder der Themenkomplex Glücksspiel im Fokus. Insgesamt sind 5 von 14 Befragungstagen diesem Thema gewidmet. Ex-Finanzminister Hartwig Löger, dessen Befragung vor dem Sommer verschoben werden musste, ist tags darauf geladen.

## Neos monieren das „zähe Ringen“

Die Opposition wollte im September die Großspender der ÖVP befragen, darunter Immobilieninvestor René Benko, KTM-Chef Stefan Pierer und den Industriellen Klaus Ortner. Die müssen auch kommen, allerdings erst im Oktober – nach der Gemeinderatswahl in Wien. Der ursprünglich ebenfalls von der Opposition gewünschte Kabinettschef von Finanzminister (und ÖVP-Wien-Spitzenkandidat) Gernot Blümel, Clemens-Wolfgang Niedrist, findet sich auf der gemeinsamen Ladungsliste nicht mehr. Dafür der von der ÖVP geforderte Neos-Geldgeber Hans Peter Haselsteiner. Unmittelbar vor der Wahl, am 8. Oktober, geht es um die Prikräf-Causa.

ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl zeigte sich gegenüber der APA zufrieden. Es sei „wichtig, dass die übliche Usance gegriffen hat“. Die ÖVP habe in den vergangenen Wochen drei Kompromissvorschläge vorgelegt, betonte Gerstl. Anders sahen das die Neos. Deren Fraktionsführern Stephanie Krisper monierte, dass die ÖVP anfangs „diktieren statt verhandeln“ wollte. Nach „zähem Ringen“ sei nun aber die Einigung geglückt. „Die neue Ladungsliste ist ein für alle Seiten akzeptabler Kompromiss“, so Krisper. Für die Termine im November sind noch keine Auskunftspersonen geladen, nur die Themen festgelegt: Schredder-Affäre, Ibiza-Video und „Personalentscheidungen“. ■ (sir)

## Kurz notiert

**Corona-Zahlen.** Vier Tage lang lagen die täglichen Infektionszahlen unter der Dreistelligkeit, am Mittwoch wurden wieder etwa 140 Neuinfektionen verzeichnet. Und auch die Zahl der Hospitalisierten Personen ging leicht nach oben. Am Donnerstag wurden 25 Personen landesweit auf Intensivstationen behandelt.

**Reisewarnung für Spanien.** Österreich hat für das gesamte spanische Festland eine Reisewarnung ausgesprochen. Das teilte das Außenministerium am Donnerstag mit. Die Reisewarnung tritt am Montag, 0 Uhr in Kraft. Ausgenommen sind demnach nur die Balearen (Mallorca) und die Kanaren (Teneriffa, Gran Canaria) ausgesprochen. Das heißt konkret: Wer sich gerade am spanischen Festland aufhält, etwa in Madrid oder Barcelona, und nach dem Wochenende zurückreist,

muss einen negativen Test auf Sars-CoV-2 vorweisen.

**Kritik an Indexierung.** Der von der Regierung beschlossene Corona-Kinderbonus, der im September gemeinsam mit der Familienbeihilfe ausbezahlt wird, wird nicht für alle Kinder 360 Euro betragen. Wie die Familienbeihilfe wird auch dieser Bonus „indexiert“, als bei im Ausland lebenden Kindern an die dortigen Lebenshaltungskosten wertangepasst. Schon beim Beschluss im Nationalrat im Juli hatte die SPÖ Kritik daran geübt, nun fordern auch die Neos eine entsprechende „Reparatur“ – und auch die grüne Familiensprecherin, Barbara Neßler, kritisierte die Indexierung. Man hoffe, so Neßler im „Standard“, auf eine Aufhebung durch den EuGH, der sich bereits mit der Indexierung der Familienbeihilfe beschäftigt.

## Kampf ums Demonstrieren

FPÖ-Obmann Hofer ist für örtliche Beschränkungen von Kundgebungen.

**Wien.** Am Samstag ist es wieder so weit: In Wien wird demonstriert, diesmal von der Clubszene wegen der Existenzsorgen nach den anhaltenden Corona-Beschränkungen. Den Freiheitlichen sind die vielen Demonstrationen in der Wiener Innenstadt ein Dorn im Auge. FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer brachte deswegen am Donnerstag die Forderung nach einer örtlichen Beschränkung von Kundgebungen neu aufs Tapet. Es geht in erster Linie um Demonstrationen in der Wien. Überlegungen für eigene Demozonen oder andere Formen einer zahlenmäßigen Limitierung sind bisher allerdings verebbt.

Fix ist, dass Vertreter der Clubszene für Samstag zu einer „Save the Rave“-Demo in Wien aufrufen. Mit Musikwagen und erwarteten

4000 Teilnehmern wird ein lautstarker Hilferuf an die Politik gesendet. Denn ohne Unterstützung werde es infolge der Corona-Krise im Herbst das „große Clubsterben“ nicht nur in der Hauptstadt, sondern in ganz Österreich beginnen, warnten die Veranstalter.

## „Nicht jede Woche eine Demo am Ring“

Die Freiheitlichen sorgen sich hingegen um die Umsätze der Kaufleute gerade nach den Corona-Beschränkungen im Frühjahr. Deswegen unternimmt FPÖ-Hofer einen neuen Anlauf. Zwar soll nicht am Demonstrationsrecht gerüttelt werden, deswegen will Hofer selbst auch nicht von einer „Einschränkung“ sprechen. Allerdings könne es „nicht jede Woche eine Demo am Ring“ geben, sagte

er bei einer Pressekonferenz nach einem Expertengremium seiner Partei, das sich unter Leitung von Norbert van Handel, außenpolitischer Berater der FPÖ, mit Ideen zu wirtschaftlichen Hilfe wegen der Corona-Krise befasst hat. Um künftig Geschäftseinbußen durch zu viele Demonstrationen auch in Einkaufsstraßen zu vermeiden, meinte Hofer: „Ich wäre sehr dafür, einen Ort zu finden, wo man Demonstrationen stattfinden lassen kann, ohne der Stadt Schaden zuzufügen.“

Van Handel stellte auch infrage, ob es Demonstrationen, die „nichts mit den Problemen des Landes“ zu tun haben, in Österreich geben solle. Hofer machte daraufhin klar, dass „Black lives matter“-Aktionen ein gerechtfertigtes Anliegen seien. ■ (ett)